



11.02.2012

Beschluss der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2012/2013

Ausgangslage und Grundlinie für die anstehende Haushaltsberatung sind im Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen zutreffend beschrieben: „Wir werden uns in Berlin und im Bund dafür einsetzen, dass die öffentliche Hand genügend Mittel hat, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Trotzdem wird es noch Jahre dauern, bis Berlin aus eigener Kraft den hohen Ausstattungsgrad der öffentlichen Hand und der Sozial-, Kultur- und Bildungseinrichtungen tragen kann. In der Zwischenzeit werden wir mit dem auskommen müssen, was wir haben.“

Die Verfassung schreibt vor, das strukturelle Haushaltsdefizit bis zum Jahr 2020 abzubauen. Obendrein muss Berlin den Abbau der Solidarpaktmittel Ost kompensieren. Der danach verbleibende Verteilungsspielraum ist derart gering, dass alle ausgabenwirksamen Maßnahmen unter dem Vorbehalt stehen, sie durch Umschichtung innerhalb des Haushalts zu finanzieren.

Zudem ist der Haushalt steigenden Kosten ausgesetzt, die sich nicht vermeiden lassen. Dazu gehören Gehälter, Pensionen und Sozialleistungen oder steigende Kosten durch erfreulicherweise wachsende Kinderzahlen in Kitas.“

Rot-Schwarz ohne Strategie

Im Haushaltsentwurf von Rot-Schwarz ist wie in der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU keine aktive Sanierungsstrategie erkennbar, die dem Landeshaushalt wieder Luft und Gestaltungsspielraum für Zukunftsinvestitionen, insbesondere in Klimaschutz, Bildung und soziale Stadtentwicklung verschaffen könnte. Nachdem die großen Schnitte gemacht sind, kommt es dabei in erster Linie auf Reformen der praktischen Verwaltungstätigkeit an - in der

Personalwirtschaft, bei der Ausstattung der Arbeitsplätze, beim Umgang mit Flächen, Gebäuden und Energiekosten, bei Verträgen mit Dritten und beim effektiven Umgang mit liquiden Mitteln und offenen Forderungen.

Geredet wird viel über ein modernes Dienstrecht, über ein Personalentwicklungskonzept, über die Senkung des Krankenstands, über Shared Services bei der Personalverwaltung und im Bestellwesen, über geringere IT- und Energiekosten, über die Ausweitung des Facility Managements und die bessere Planung und Durchführung von Baumaßnahmen, über Cash Pooling und Forderungsmanagement, über neu auszuhandelnde Verträge mit den sozialen Dienstleistern und veränderte Zuwendungsverträge. Getan wird überwiegend nichts. Und wo etwas getan wird, sieht man keine Ergebnisse.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird in den Haushaltsberatungen darauf drängen, dass in der Berliner Haushaltspolitik wieder eine aktive Sanierungsstrategie erkennbar wird.

Der Preis für den Verzicht auf Reformen ist hoch. SPD und CDU halten die Ausgabenlinie nur ein, indem sie die Probleme verdrängen. Auf die Dauer kann und wird das nicht gut gehen. BVG, Tierpark und Bäderbetriebe sollen weiter rote Zahlen schreiben, ohne dass Abhilfe in Aussicht steht. Die Landesbeamten und die Beschäftigten der Zuwendungsempfänger sollen auf ihren Lohnrückständen sitzen bleiben und werden den Angestellten im öffentlichen Dienst nicht gleichgestellt. Beim Thema *Integration durch Bildung* ist Fehlanzeige. Die Schulen in besonderen Problemlagen bleiben sich selbst überlassen. Die Sanierung des ICC steht unverändert auf der Kippe, und das Klinikum Steglitz wird dem Verfall preisgegeben, obwohl dies Berlin als Kongress- und Gesundheitsstandort schädigt. Energiewende, aktiver Klimaschutz und Sanierung des Gebäudebestands kommen in der Politik von Rot-Schwarz schlicht nicht vor, obwohl dies ökologisch verantwortungslos ist und nach dem Ende der Konjunkturprogramme auch Arbeitsplätze im Berliner Handwerk gefährdet.

Unsere Wahlversprechen gelten

In den zehn Punkten „Verstehen und Handeln“ haben Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkampf einen Gegenentwurf zu dieser mutlosen Politik entworfen. Renate Künast hat die darin enthaltenen Kernforderungen von Bündnis 90/Die Grünen an den Haushalt so zusammengefasst: „Es gibt klare Kriterien, die für jede Koalition mit den Grünen gelten: Lehrerneueinstellungen, Schulsanierungen, Begrenzung von Mietsteigerungen, S-Bahn-Chaos beenden, aktive Wirtschafts- und Industriepolitik, Schluss mit dem Schuldenmachen. Und: Eine

Verlängerung der innerstädtischen A 100 wird es mit uns nicht geben“ (Bild am Sonntag, 4.9.2011).

Zugleich haben wir den Finanzbedarf festgestellt, der sich aus diesen Wahlversprechen ergibt, und gegen den Vorwurf der SPD verteidigt, die zehn Punkte von Bündnis 90/Die Grünen seien utopisch und kosteten 1,5 Milliarden Euro:

Lehrer einstellen: Sofortprogramm für Schulen	20 Mio. € 2013
Schulen sanieren: Schulsanierung verdoppeln	30 Mio. € 2013
Energiekosten senken: „Klimastadtwerk“	50 Mio. € 2013
Mieten begrenzen: Kauf von Sozialwohnungen	20 Mio. € 2013
S-Bahn-Chaos beenden: Bürgschaft ins Haushaltsgesetz	600 Mio. €
Finanzbedarf / liquide Mittel 2013	120 Mio. € 2013
Schluss mit Schulden:	Alles gegenfinanzieren
Keine A 100:	Bauvorbereitungsmittel streichen

Die notwendigen Mittel für das Jahr 2012 ergeben sich anteilig für die Zeit nach dem Beschluss des Haushalts im Parlament und dem Ende der vorläufigen Haushaltswirtschaft.

Zu diesen Wahlversprechen stehen wir auch in der kommenden Haushaltsberatung.